

Subventionen für die eigene Vergiftung

Von Martin A. Senn

Keine Branche macht aus Steuermilliarden mehr ökologischen und ökonomischen Unfug als die Landwirtschaft. Doch während sogar bei den Arbeitslosen gespart wird, dreht Bern den Geldhahn in Richtung Scholle weiter auf. Dabei sind sich die unabhängigen Fachleute einig: Je mehr die Bauern staatlich gestützt werden, desto intensiver und damit umweltschädlicher produzieren sie.

«Eine Kuh macht muh, viele Kühe machen Mühe.» Die Lacher hat Jean-Pascal Delamuraz allemal auf seiner Seite, wenn er den träfen Spruch wieder einmal zum Besten gibt – und dabei die deutschen Hauchlaute so kraftvoll durch seine frankophone Luftröhre presst, dass man das Auf- und Zuschlagen des Kehlkopfdeckels bis ins Auditorium zu hören glaubt.

Doch diesmal schonte der Landwirtschaftsminister seine Stimmorgane, als er am Montag nach der Regierungssitzung vor die Bundeshauspresse trat. Dafür umso weniger die Kühe. 230'000 von ihnen will er bis Ende 1999 zusätzlich auf die Schlachtabank führen. 390 Millionen Franken kostet die Vollstreckung des Massentodesurteils zusammen mit den diesjährigen Sofortmassnahmen zum Abbau des unverkäuflichen Fleischberges. 180 Millionen müssen die Bauern beisteuern, die trotz Rinderwahnsinn und stetig sinkender Fleischlust der Konsumenten munter am Markt vorbeiproduzieren – und 210 Millionen die Steuerzahler, auf dass sie «das Vertrauen wiedergewinnen» in das ramponierte Image des helvetischen Grilliergutes. Dabei glaubt man nicht einmal im Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), dass sich der Viehbestand damit dauerhaft senken lässt. Gar nicht zu reden vom Abbau der milliardenteuren Milchüberschüsse, den man von der Abschachtung jeder dritten Kuh eigentlich erwarten dürfte. Wie weggefegt sind plötzlich die agrar-reformerischen Ideen von mehr Markt- und Naturnähe. Während sogar Taggelder der Arbeitslosen gekürzt werden, dreht der Bundesrat den Geldhahn für die Landwirte weiter auf.

Unbeirrt baut Bern ein agrarpolitisches System aus, dessen zwangsläufiges Scheitern in Praxis und Theorie längst bewiesen ist. Nicht weniger nämlich produzieren die Bauern, wenn sie mehr staatliche Unterstützung erhalten, sondern mehr. «Es besteht ein hochgradiger Zusammenhang zwischen dem Niveau der Agrarstützung und der Intensität der Produktion», weiss der Zürcher Agrarwirtschaftsprofessor Peter Rieder. Mit andern Wor-

ten: Je mehr Steuergelder in die Landwirtschaft fliessen, desto mehr schadet sie der Natur – und belastet mit ihren Überschüssen erneut die Bundeskasse.

Statistisch belegt hat diese Gesetzmässigkeit die Welthandelsorganisation WTO in ihrem neusten Bericht über die Schweiz. In Ländern mit geringer Agrarstützung, lässt sich dort nachlesen, setzen die Bauern weniger Dünger ein als in Ländern mit starkem Protektionismus. Australiens Farmer etwa verdanken nur neun Prozent ihres Einkommens staatlicher Stützung; dafür setzen sie pro Hektare Ackerland weniger als 50 Kilogramm Hilfsstoffe ein. In den USA, wo die Agrarstützung knapp 20 Prozent beträgt, kommen auf eine Hektare 100 Kilo. Die französischen Agrikulteuere können sich dank 45-prozentiger Staatshilfe pro Hektare 300 Kilo Dünger leisten. Und die Schweizer Bauern schliesslich teilen sich mit ihren japanischen Berufskollegen den Spitzenplatz: Mit 80 Prozent staatlicher Stützung und 400 Kilo Dünger pro Hektare Ackerland sind sie laut WTO weltweit sowohl die bestgeschützten als auch die umweltschädlichsten Bauern.

Diesen peinlichen Weltrekord will man im BLW allerdings nicht akzeptieren. «Beinahe kriminell» sei die WTO-Statistik, ärgert sich Hans-Jörg Lehmann von der BWL-Koordinationsstelle für Ökologie. Von Land zu Land unterschiedliche Kriterien für die Bestimmung der Ackerfläche, wirft er den internationalen Agrarexperten vor, und veraltete Zahlen. Völlig unberücksichtigt lasse ihre Statistik, dass der Düngereinsatz in der Schweiz rückläufig sei.

Tatsächlich setzen die helvetischen Landwirte heute weniger Hilfsstoffe ein als noch Ende der achtziger Jahre. Um immerhin einen Fünftel haben sie ihre Einkäufe von Phosphorsäure, Reinstickstoff und Reinkali inzwischen gedrosselt. Aber ökologische Kirchenlichter sind sie deswegen noch lange nicht. Nach wie vor stammen von den 40'000 Tonnen Nitrat, die jährlich in das Schweizer Grundwasser gelangen, 37'000 Tonnen aus Bauernhöfen. Für die gesamte Stickstoffbelastung von Luft und Wasser ist der Nährstand zu 40 Prozent verantwortlich. Dabei gehorchen die Bauern nur dem ökonomischen Prinzip des abnehmenden Grenznutzens: Sie steigern die Produktion so lange, wie ihnen das letzte zusätzlich aus dem Boden geholte Kilo mehr einträgt, als es sie kostet. Da diese Schwelle wegen der weltrekordwürdigen Agrarstützung hier höher liegt als anderswo, produzieren die Schweizer Landwirte auch dann noch drauflos, wenn ihre ausländischen Kollegen den Bettel längst hingeschmissen haben.

Punkto Traktorendichte Spitze

Kaum eine Landwirtschaft der Welt kann es sich leisten, so viele Maschinen einzusetzen, um derart wenig Nahrungsmittel herzustellen wie die schweizerische. Während in Australien laut einer Statistik der UNO-Ernährungsorganisation FAO auf zehn Quadratkilometer Ackerland sieben Traktoren kommen und in England oder Frankreich knapp 80, sind es in der Schweiz 270. Und die Tendenz ist weiterhin steigend. Über 120'000 Traktoren gibt es bereits im Land. Deutlich mehr als einer pro Hof, Hobby- und Nebenerwerbsbetriebe mitgezählt.

Auf die Natur wirkt sich die Übermaschinierung ähnlich verhängnisvoll aus wie die Überdüngung.

Laut einer WWF-Studie entfallen im Landwirt-

Landwirtschaft: Ausgerechnet bei der grössten Umweltsünderin im Land versagt der Sparwille

schaftsgebiet bereits 55 Prozent der ökologischen Gefahr auf mechanische Bodenbelastung und 45 Prozent auf stoffliche Probleme wie die Freisetzung von Stickstoffen und Schwermetallen. Wobei die mechanische Belastung, anders als die stoffliche, künftig weiter zunehmen werde.

Noch kaum bekannt ist hingegen, wie stark der Nährstand die Luft belastet. Obwohl er nur 3,5 Prozent der Bevölkerung ausmacht, setzt er beinahe doppelt so viele Treibhausgase frei wie die Industrie oder das Dienstleistungsgewerbe. 17 Prozent beträgt der Anteil der Landwirtschaft am in der Schweiz produzierten Klimaeffekt, wie Jürg Fuhrer und Anton Gruber von der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Agrikulturchemie und Umwelthygiene berechnet haben. Heftiger setzen der stratosphärischen Schutzschicht nur der Verkehr (31 Prozent) und die Haushalte (20 Prozent) zu.

Hauptverursacher der überproportionalen Schädigung des lebenswichtigen Schutzschildes sind die Kühe. Über die Gärungsprozesse beim Wiederkäuen sowie über den Kot und Urin gelangen die hochwirksamen Treibhausgase Methan (CH_4), und Lachgas (N_2O) in die Atmosphäre. Was dabei pro Kuh und Jahr anfällt, erwärmt die Erdatmosphäre gleich stark wie viereinhalb Tonnen Kohlendioxid (CO_2). Dies entspricht dem Treibhauseffekt, der bei der Verbrennung von 2'000 Litern Benzin entsteht. Dies wiederum ist doppelt so viel, wie ein durchschnittlicher Personenwagen bei durchschnittlicher Fahrleistung jährlich verbraucht (13000 Kilometer pro Jahr, acht Liter Benzin auf 100 Kilometer). Eine Kuh erwärmt die Atmosphäre mithin gleich stark wie zwei VW Golf. Oder anders: Ein 75-PS-Motor aus Wolfsburg produziert nur halb so viel CO_2 wie eine Kuh aus Madiswil.

Demnach müsste die Massenschlachtung von 230'000 Kühen ökologisch ähnlich segensreich sein wie ein Fahrverbot für eine halbe Million Autos. Doch das ist graue Theorie. Denn die Schlachtungen werden auf drei Jahre verteilt. Dadurch bleibt den Bauern genug Zeit, um möglichst viel Nachwuchs nachzuziehen. Die rund 200'000 Rinder, die

bisher alljährlich zu Fleisch verarbeitet wurden, führten schliesslich auch nicht zu einer Reduktion des Viehbestandes.

Unter dem Strich dürfte sich die ökologische und ökonomische Bilanz der Landwirtschaft also kaum verbessern. Und die sieht alles andere als vorteilhaft aus: Die Bauern erwirtschaften einen Gesamtertrag im Wert von neun Milliarden Franken. Davon sind 7,2 Milliarden nur möglich, weil die übrige Bevölkerung je rund dreieinhalb Milliarden in Form von Steuern und überhöhten Preisen zuschiesst. Ohne jeglichen Agrarschutz betrüge die jährliche Wertschöpfung also lediglich 1,8 Milliarden

Franken. Unter Weltmarktbedingungen heisst das: Die Bauern, 3,5 Prozent der Schweizer Bevöl-

kerung, tragen gerade mal ein halbes Prozent zum einheimischen Bruttosozialprodukt bei. Dies dürfte nicht zu viel mehr reichen, als die Umweltschäden zu decken, die sie dabei verursachen. «Per saldo», glaubt deshalb der Freiburger Ökonomeprofessor Henner Kleinewefers, «ist die Landwirtschaft im Mittelland der umweltschädlichste Sektor der Schweizer Volkswirtschaft überhaupt.»

Ungenutztes Potential

Anders als beim Verkehr oder bei der Industrie liege bei der Landwirtschaft immer noch ein riesiges ökologisches Potential brach, glaubt denn auch der Schaffhauser Kantonschemiker Roger Biedermann. Im Auftrag von Landwirtschaftsminister Delamuraz und Innenministerin Ruth Dreifuss leitet er seit anderthalb Jahren eine Expertengruppe, die aufzeigen soll, wie dieses Potential genutzt werden kann: allein mit der geplanten Agrarreform, soviel hat das Gremium bereits herausgefunden, jedenfalls nicht. Um rund einen Viertel lässt sich laut den unveröffentlichten Berechnungen der Stickstoffanfall durch die «Agrarpolitik 2002» zwar reduzieren. Doch Biedermann strebt mindestens die Halbierung dieser verhängnisvollen Emissionen an. Erst dann, schrieb er in der August-Ausgabe des Fachblattes «Lebensmitteltechnologie», «wären wir einen Schritt weiter».

Aber Biedermann lässt nicht locker. Schliesslich zeigten volkswirtschaftliche Berechnungen deutlich, schreibt er, «dass Massnahmen in der Landwirtschaft pro Tonne reduzierter Stickstoffemission weitaus billiger zu stehen kommen als zusätzliche Massnahmen in den Bereichen Gewässerschutz und Lufthygiene». Am wirksamsten wäre dabei ein radikaler Abbau der Agrarstützung. Denn mit den Staatsgeldern, gesteht sogar ein Landwirtschaftsforscher im Bundesdienst, «subventionieren wir unsere eigene Vergiftung». Seinen Namen wünscht der Mann allerdings nicht in der Zeitung zu sehen. Offen dürfen eben selbst einschlägig akademisch dekorierte Beamte nicht sagen, was seit Jahren unstrittige Lehrmeinung der Agrarwissenschaft ist.